

E 010400

24. Juli 2020

LANDESHAUPTSTADT



über  
Herrn Oberbürgermeister  
Gert-Uwe Mende

23  
G.U.M.  
2117 B02

über  
Magistrat

und  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Christa Gabriel

an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr

Der Magistrat

Dezernat für Umwelt,  
Grünflächen und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

A. Juli 2020

**Freie Fahrt für engagierte Bürger  
Beschluss Nr. 0107 vom 14. Mai 2019, Vorlagen-Nr. 19-J-42-0014**

Feinstaub und toxische Gase belasten jeden Einzelnen von uns: Egal ob Jugendliche oder nicht. Gerade in Wiesbaden wissen wir um die enorme Luftverschmutzung in Teilen unserer Stadt. So mahnen beispielsweise viele Info-Tafeln im Innenstadtbereich, dass Grenzwerte regelmäßig überschritten werden. Ein Viertel der Erkrankungen und vorzeitigen Todesfälle weltweit werden durch Umweltverschmutzung und -zerstörung verursacht. Zu diesem Ergebnis kommt ein UN-Bericht. Luftverschmutzung ist dabei ein wichtiger Faktor.

Die Landesregierung Hessens hat zwar in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel „als besondere Anerkennung für ehrenamtliches Engagement (...) ein attraktives Hessenticket zur Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs anzubieten“ (Koalitionsvertrag, Seite 155). Auch wurde im Wahlkampf damit geworben, die bereits existierende Ehrenamtskarte-Hessen um ein Nahverkehrsticket zu erweitern - gehandelt wurde daraufhin allerdings bisher nicht.

Die hessische Ehrenamtskarte ist eine von den Kommunen nach Landesauflagen vergebene Karte, die als Bescheinigung für außerordentliches ehrenamtliches Engagement dient. Sie wird auf Antrag vergeben, wenn der Antragstellende nachweislich über zwei Jahre hinweg mindestens fünf Stunden in der Woche ehrenamtlich aktiv gewesen ist. Die Auflagen sind also vergleichsweise hoch, dementsprechend ist die finanzielle Last für die Verkehrsbetriebe zumutbar. Doch gerade für ehrenamtlich aktive Jugendliche, die auch aufgrund ihres teils intensiven ehrenamtlichen Engagements wenig Möglichkeiten haben, für reguläre Fahrscheine aufzukommen - schließlich muss man schon ab 14 Jahren den vollen Fahrpreis zahlen - wäre diese Maßnahme eine Wertschätzung ihres ehrenamtlichen Engagements.

Wo die Politik der Größeren zögert, ist Entschlossenheit von uns gefragt. Das Jugendparlament hat die Möglichkeit, mit der Umsetzung dieser Idee in Wiesbaden anzufangen, indem es die städtischen Verkehrsbetriebe auffordert, die hessische